



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: giulia.piszczan@stadt-koeln.de

Datum: 19.05.2022

Niederschrift

über die **12. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 09.05.2022, 16:36 Uhr bis 18:13 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Mike Homann	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Ralph Sterck	FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt
Herr Michael Hock	Die FRAKTION

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	Vertreterin von Lisa Steinmann
--------------------	-----	--------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert
Herr Beigeordneter Ascan Egerer
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Beigeordneter Stefan Charles
Herr Beigeordneter William Wolfgramm
Frau Alessandra Caroli
Frau Bettina Mötting
Herr Alexander Vogel

Gäste

Herr Philipp Busch	AfD	<i>Zu TOP 4.1 und 6.1</i>
Herr Matthias Büschges	AfD	<i>Zu TOP 4.1 und 6.1</i>

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Lisa Steinmann	SPD	Vertreten durch Polina Frebel
---------------------	-----	-------------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Nicolin Gabrysch	KLIMA FREUNDE
-----------------------	---------------

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 12. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

I. Es gibt folgende Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

- 2.1.3 Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften
1501/2022
- 2.1.4 Delegationsreise 25jähriges Städtepartnerschaftsjubiläum Köln-Istanbul
1553/2022

- 5.1 Ukrainehilfe - Ausweitung der Beratung für Geflüchtete
1302/2022

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12.2 Personalangelegenheit
1360/2022

II. Es liegen **zwei Dringlichkeitsanträge** vor:

- **Dringlichkeitsantrag der**
SPD-Fraktion betreffend "Positionierung der Verwaltung zum
Vorschlag „Ankauf der Wohnungen auf dem Kölnberg““
AN/0987/2022/1

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimme der FDP-Fraktion zugestimmt.

Damit ist der Antrag in die Tagesordnung **aufgenommen.**

- **Dringlichkeitsantrag der**
Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "REALMarkt in Porz-Eil
retten!"
AN/0998/2022/1

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

III. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 4.1

Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der
Bezirksvertretung Köln Chorweiler"
AN/0638/2022

und

TOP 6.1

Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeit nach § 44 der Geschäftsordnung
des Rates und der Bezirksvertretungen hier: Dringlichkeitsantrag der AfD-
Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Chorweiler" im
Hauptausschuss am 21.03.2022 (AN/0638/2022)
1226/2022

gemeinsam unter **TOP 6.1** zu behandeln.

Der Hauptausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag und der so geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde**
- 2 Mitteilungen**
 - 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
 - 2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation
 - 2.1.2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine
 - 2.1.3 Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften
1501/2022
 - 2.1.4 Delegationsreise 25jähriges Städtepartnerschaftsjubiläum Köln-Istanbul
1553/2022
 - 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
 - 4.1 Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Köln Chorweiler"
AN/0638/2022
 - 4.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Positionierung der Verwaltung zum Vorschlag „Ankauf der Wohnungen auf dem Kölnberg“"
AN/0987/2022/1

- 4.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "REAL-Markt in Porz-Eil retten!"
AN/0998/2022/1

5 Dringlichkeitsentscheidungen

- 5.1 Ukrainehilfe - Ausweitung der Beratung für Geflüchtete
1302/2022

6 Allgemeine Vorlagen

- 6.1 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeit nach § 44 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
hier: Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Chorweiler" im Hauptausschuss am 21.03.2022
(AN/0638/2022)
1226/2022

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

- 8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

11 Dringlichkeitsentscheidungen

12 Personalangelegenheiten

- 12.1 Personalangelegenheit
1238/2022
12.2 Personalangelegenheit
1360/2022

13 Allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation

Frau Stadtdirektorin Blome berichtet über die aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation. Der Inzidenzwert liege derzeit bei 389,5. Köln liege damit deutlich unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt NRW.

Die Belegungszahlen in den Krankenhäusern, sowohl auf Allgemein- als auch auf Intensivstationen, seien deutlich rückläufig. Es befänden sich mit Stand Ende April 2022 186 infizierte Patient*innen in den Kölner Krankenhäusern, 26 davon auf Intensivstationen.

Herr Kockerbeck fragt nach Zahlen zum Infektionsgeschehen an Schulen und in Kindertagesstätten.

Die Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

Auf Nachfrage von Herrn Richter erläutert Frau Stadtdirektorin Blome den aktuellen Stand zum Infektionsgeschehen in der Stadtverwaltung Köln und zu einer möglichen vierten Impfung.

Herr Cremer fragt nach der Maskenpflicht in städtischen Gebäuden.

Frau Stadtdirektorin Blome erläutert, dass die Maskenpflicht auf Grundlage einer Allgemeinverfügung bestehe. Sollte sich die Infektionslage weiter stabilisieren, werde man in einem gestuften Verfahren die Schutzmaßnahmen anpassen.

2.1.2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

Frau Stadtdirektorin Blome informiert über die aktuelle Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine. Dank der Mitwirkung vieler ehrenamtlicher Akteure habe man tragfähige Strukturen aufbauen und ein flexibles Handeln ermöglichen können.

Frau Stadtdirektorin Blome stellt aktuelle Zahlen zur Unterbringungssituation in Köln vor und erläutert den Rechtskreiswechsel vom Asylbewerberleistungsgesetz in SGB II bzw. SGB XII ab dem 01.06.2022.

Zudem informiert Frau Stadtdirektorin Blome über das aufgebaute Unterstützungsangebot, die Schulunterbringung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und die medizinische Versorgung der Geflüchteten.

Auf Nachfrage von Herrn Cremer erläutert Frau Oberbürgermeisterin Reker, dass die Dunkelziffer der nicht registrierten Geflüchteten aus der Ukraine dem Wesen nach unbekannt sei und entsprechend auch nicht geschätzt werden könne.

Außerdem fragt Herr Cremer nach einer genauen Erläuterung der Stichtagsregelung zum legalen Aufenthalt in Deutschland und dem Umgang mit geflüchteten Personen aus Drittstaaten, die aus der Ukraine geflüchtet seien.

Frau Stadtdirektorin Blome erläutert, dass der Bund Anfang April 2022 beschlossen habe, allen in Zusammenhang mit dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 aus der Ukraine geflohenen Personen, sowohl Ukrainer*innen als auch Nicht-Ukrainer*innen, weiterhin bis zum 31. August 2022 einen rechtmäßigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren. Hierbei handele es sich nicht um eine individuelle Regelung, sondern um eine Stichtagsregelung.

In Bezug auf den Umgang mit geflüchteten Personen aus Drittstaaten teilt Frau Stadtdirektorin Blome mit, dass diese zunächst ebenfalls wie Ukrainer*innen von der Stadt Köln erfasst würden und derzeit kein gesondertes Vorgehen bestehe.

Auf Anregung von Herrn Joisten sagt Frau Stadtdirektorin Blome zu, die Informationen aus der in Kürze startenden Informationskampagne auch an die Ratsmitglieder zu übermitteln und ergänzt, dass insbesondere die NGOs wichtige Multiplikatoren zur Informationsverbreitung seien.

2.1.3 Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften 1501/2022

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.4 Delegationsreise 25jähriges Städtepartnerschaftsjubiläum Köln-Istanbul 1553/2022

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

**4.1 Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Köln Chorweiler"
AN/0638/2022**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.1 unter TOP 6.1 behandelt.

**4.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Positionierung der Verwaltung zum Vorschlag „Ankauf der Wohnungen auf dem Kölnberg““
AN/0987/2022/1**

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Ansichten vor.

Herr Beigeordneter Wolfgramm erläutert die Position der Verwaltung. Er betont, dass in diesem Fall aufgrund der komplexen Fragestellung eine genaue Prüfung und rechtliche Beurteilung notwendig sei.

Herr Homann erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung als erledigt zurückzieht.

Die antragstellende SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück.

**4.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "REAL-Markt in Porz-Eil retten!"
AN/0998/2022/1**

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Positionen dar.

Herr Beigeordneter Greitemann erläutert das Vorgehen der Verwaltung.

Herr Petelkau schlägt aufgrund von weiterem Beratungsbedarf vor, die Vorlage ohne Votum in den Wirtschaftsausschuss zu verweisen.

Beschluss:

- 1.) Der Hauptausschuss der Stadt Köln bittet die Verwaltung, alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen und Instrumente zu nutzen, um gemeinsam mit den beteiligten Unternehmen einen Weg zu finden, das funktionierende SB-Warenhaus in der Rudolf-Diesel-Straße in Porz-Eil und den dort existierenden Einkaufsmarkt möglichst ohne Unterbrechungen fortzuführen. Er fordert die am Verkauf des dortigen Real-Marktes beteiligten Unternehmen ausdrücklich auf, diesen Markt-Standort, insbesondere im Interesse einer wohnortnahen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, zu erhalten und die derzeit dort beschäftigten Mitarbeiter*innen zu übernehmen.
- 2.) Die Verwaltung wird gebeten, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um die am Verkauf des Real-Marktes beteiligten Unternehmen bei der Fortführung des Marktes zu unterstützen.
- 3.) Der der Verwaltung zu diesem Real-Markt vorliegende Bauantrag wird priorisiert bearbeitet und unter Beachtung des städtischen Einzelhandels- und Zentrenkonzepts einer zeitnahen Entscheidung zugeführt. Dazu ist im unmittelba-

ren Kontakt mit dem Antrag stellenden Unternehmen der Genehmigungsprozess gemeinsam umgehend zur Entscheidungsreife zu bringen.

- 4.) Im Gegenzug soll das übernehmende Unternehmen gebeten werden, die Offenhaltung des aktuellen Marktes zumindest bis zum Beginn von Um- oder Neubauaktivitäten sicherzustellen und dafür die Belegschaft zu übernehmen. Eine Neuansiedlung von zusätzlichen Filialisten im Rahmen des weiteren Betriebs des SB-Marktes soll über das im Einzelhandels- und Zentrenkonzept eröffnete Maß hinaus nicht stattfinden.
- 5.) Die städtische Wirtschaftsförderung soll zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit die Möglichkeiten prüfen und die beteiligten Unternehmen entsprechend dazu beraten, ob und gegebenenfalls auf welche Art und Weise über die Gewährung von öffentlichen Leistungen -z.B. Kurzarbeitergeld- eine vorübergehende Schließung des Marktes zwecks baulicher Sanierung für die Mitarbeiter*innen überbrückt werden kann, somit betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden und die Arbeitsverhältnisse fortbestehen. Sämtliche Instrumente des Arbeitsmarktes sollen hier Berücksichtigung finden.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP ohne Votum in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Ukrainehilfe - Ausweitung der Beratung für Geflüchtete 1302/2022

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Ausweitung der Förderung der Beratungsstellen für Geflüchtete bei folgenden Trägern durch Finanzierung von 4 Vollzeitstellen in Höhe von 323.100 €, befristet für 12 Monate für den Zeitraum vom 01.07.2022 bis 30.06.2023.

Die Beratungsstellen des agisra e.V., des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V., des Diakonischen Werkes und des Rom e.V. erhalten anteilig eine Finanzierung von je 0,75 Stellen und der Kölner Flüchtlingsrat e.V. von 1 Stelle.

Die Mittel in Höhe von 161.550 € werden im Haushaltsjahr 2022 überplanmäßig im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity – in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0501 – Leistungen nach dem SGB XII – in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Allgemeine Vorlagen

**6.1 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeit nach § 44 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
hier: Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Chorweiler" im Hauptausschuss am 21.03.2022
(AN/0638/2022)
1226/2022**

Frau Oberbürgermeisterin Reker berichtet, dass Herr Bezirksbürgermeister Zöllner heute wegen eines BV-Termins in Chorweiler verhindert sei. Er habe vorab mitgeteilt, dass er der Sachverhaltsdarstellung in der Verwaltungsvorlage nichts hinzuzufügen habe und die dort ausgeführte rechtliche Bewertung teile.

Die Vertreter der AfD-Fraktion in der Bezirksvertretung Chorweiler erläutern die einzelnen Punkte ihres Antrags und sprechen sich dafür aus, die Beschlussfassung zurückzustellen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, die Verwaltung werde die Stellungnahme in der Beschlussvorlage zu Ziffer 2 des Antrages im Hinblick auf die mündlichen Ausführungen der Antragssteller zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04.11.2021 erneut prüfen. Dieser Punkt werde daher heute von der Beschlussfassung ausgenommen. Im Hinblick auf die weiteren Punkte solle die Beschlussvorlage jedoch zur Abstimmung gestellt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Antrag und die Beschlussvorlage abstimmen.

I. Abstimmung über die Verwaltungsvorlage mit Ausnahme der Ziffer 2 unter TOP 6.1

Beschluss:

Die Beschlussfassung zu Punkt 2 der Stellungnahme in der Vorlage (Nachträglich geänderte Tagesordnung) wird zurückgestellt.

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung im Übrigen zustimmend zur Kenntnis.

Er begrüßt, dass künftig die Niederschriften der Bezirksvertretung Chorweiler wieder zeitnah bereitgestellt werden sollen.

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass Änderungsanträge auch zu Anträgen auf Sondersitzung gestellt werden können, in denen kein Beschlussvorschlag formuliert ist. Er bittet die Bezirksvertretung Chorweiler, dies künftig entsprechend zu handhaben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über den Antrag unter TOP 4.1

Beschluss:

Der Hauptausschuss vermittelt in der Bezirksvertretung Köln Chorweiler und stellt die rechtssichere Arbeitsweise der Bezirksvertretung sicher. Konkret sollen folgende Themen im Hauptausschuss behandelt werden:

1. Unterschiedliche Ladungsfristen.
2. In der Dezembersitzung änderten die Bezirksvertreter, bis auf die AfD,

die Tagesordnung zwei Stunden nach Sitzungsbeginn.

3. Einladung unter unzulässiger Gesetzesauslegung und Erfinden von Gesetzen.
4. Erstellen der Tagesordnung nach Gutdünken.
5. Fehlende Protokolle seit September 2021

Eklatante ständige Rechtsbrüche sind in der Bezirksvertretung Köln Chorweiler an der Tagesordnung. Der Hauptausschuss wird gem. §44 (1) GeschO des Rates und der Bezirksvertretung aufgefordert die Rechtslage zu klären, um die Führung eines Rechtsstreites zu verhindern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

Anmerkung:

Die Tagesordnungspunkte 4.1 und 6.1 wurden auf Vorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Reker gemeinsam unter TOP 6.1 behandelt.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mahnmal zum Genozid an Armeniern

Herr Hammer fragt nach dem aktuellen Sachstand und der gerichtlichen Entscheidung über die Räumung des Mahnmals zum Genozid an Armeniern am letzten Wochenende und, ob die Verwaltung in Kontakt mit der Initiative stehe. Zudem bittet Herr Hammer um Einordnung im Zusammenhang mit dem in 2017 beschlossenen Mahnmal in Köln-Brück.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

7.2. WDR-Beitrag über Finkenberg

Herr Joisten nimmt Bezug auf den WDR-Fernsehbeitrag „Die gescheiterte Wohnvision: Wie ein Stadtteil seinem Schicksal überlassen wird“ und bittet um Erläuterung der Aussagen von Herrn Beigeordneten Dr. Rau.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Antwort der Verwaltung zu TOP 7.2 zur Niederschrift:

Dem Presseamt wurden verschiedenste Fragen einer Journalistin des WDR zu einer Reportage zum Kölner Stadtteil Finkenberg gestellt. Für das zugesagte Interview mit Herrn Beigeordneten Dr. Rau wurde vereinbart, dass er als Beigeordneter aus seinem Verantwortungsbereich berichtet, nicht aber hinsichtlich der Stadtentwicklung. Im Interview, bei dem eine Vertreterin des Presseamts anwesend war, hat Herr Beigeordneter Dr. Rau u. a. Maßnahmen der Stadt und weiterer Akteure dargestellt und dabei die Aktivitäten der Stadt erläutert, um die Lebensqualität zu erhöhen. Die Ausführungen beinhalteten auch Ziele und Maßnahmen des Programms „Lebenswerte Veedel“ und Ergebnisse des Lebenslagenberichts sowie die Finanzierung und Arbeitsweise der städtisch finanzierten und durch die Diakonie Michaelshoven realisierten Sozialraumkoordination.

Herr Beigeordneter Dr. Rau hat ferner ausgeführt, dass durch die verschiedenen Bemühungen der Stadt und weiterer Akteur*innen die Selbstwirksamkeit der Menschen in Finkenberg gestärkt werden solle. Empowerment sei wichtig, damit Menschen gemeinsam auf ihre Lebensumstände einwirkten, angebotene Chancen genutzt würden und ein gewisser Grad an Selbstverantwortung übernommen werde. Herr Beigeordneter Dr. Rau wies auf das generelle Phänomen der Schwarmstädte hin, die viele Menschen anziehen und auch zu einer Verdichtung von Problemlagen führen könnten. In diesem Kontext sprach er an, dass Menschen in der Wahl ihres Wohnortes unabhängig seien und in weniger verdichteten Lebensräumen beispielsweise andere Wohnraumangebote bestünden als in Großstädten.

In dem halbstündigen Interview erfolgte eine differenzierte Beschäftigung mit der Gesamtsituation in Finkenberg. Hiervon wurden nur wenige Sätze gesendet. Diese aus dem Kontext gelösten Sätze erwecken den falschen Eindruck einer Geringschätzung gegenüber der Situation und den Menschen in Finkenberg, wie sie im halbstündigen Interview keineswegs vermittelt wurde.

Gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Giulia Piszczan
Schriftführerin